LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

12.01.2023
Drucksache 8/2112

öffentlich

Beschlussempfehlung

–

Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Betroffene nicht allein lassen - Long-COVID und Post-COVID-Informations- und Behandlungsangebote im Land schaffen!

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 8/758**

Berichterstattung: Mitglied des Landtages Katrin Gensecke

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung empfiehlt dem Landtag unter Mitwirkung des Ausschusses für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt den Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

„**Long COVID und Post-COVID - Erkennen, Erforschen und Behandeln**

1. Der Landtag stellt fest, dass die meisten Betroffenen, die eine Infektion mit dem SARS-CoV-2-Virus durchlebten, ohne erkennbare Folgen gesunden. Ein Teil der Erkrankten ist jedoch mittel- und langfristig von einer Vielzahl von unterschiedlich stark ausgeprägten körperlichen, kognitiven und psychischen Symptomen, die im Alltag und im Berufsleben mitunter eine starke Belastung hervorrufen, betroffen. Diese mit einer SARS-CoV-2-Infektion in Verbindung stehenden Symptome werden unter dem Oberbegriff Long-COVID subsummiert. Dazu zählt auch der Post-COVID-Zustand, welcher durch die Weltgesundheitsorganisation als eine Unterform definiert wurde. Die medizinischen Ursachen von Long-/Post-COVID sind bisher nicht ausreichend geklärt.

2. Der Landtag stellt fest, dass die von Long-/Post-COVID Betroffenen eine enge intersektorale, interdisziplinäre und multiprofessionelle Zusammenarbeit der Professionen und entsprechende Rehabilitationskonzepte benötigen. Der Landtag empfiehlt den Trägern

(Ausgegeben am 12.01.2023)

von Kur- und Rehabilitationseinrichtungen deshalb die Etablierung von Therapie- und Behandlungsangeboten, die eine niedrigschwellige Versorgung der Betroffenen in Sachsen-Anhalt ermöglichen. In dem Zusammenhang weist der Landtag darauf hin, dass das Land über ausgeprägte Kompetenzen und gute Infrastruktur im Kur- und Rehabilitationswesen sowie gute Forschungskapazitäten an seinen Universitäten u. a. auf dem Gebiet der Versorgungsforschung verfügt, die auch bei Long-/Post-COVID wichtige Beiträge leisten kann.

3. Der Landtag begrüßt vor diesem Hintergrund ebenso den Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz „Handlungsfelder für die Nachsorge bei Personen mit Post-COVID-Syndrom“ vom 16. Juni 2021, in dem sich die Gesundheitsministerinnen und -minister für die Entwicklung eines nationalen Aktionsplans „Post-COVID-Syndrom“ einsetzen und den Bund darum bitten, eine Auftaktkonferenz mit allen relevanten Akteurinnen und Akteuren zur organisieren.

4. Der Landtag sieht die Notwendigkeit zur weiteren Erforschung und Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung rund um die Langzeitfolgen von COVID-19 sowie für das chronische Fatigue-Syndrom (ME/CFS). Der Landtag begrüßt in diesem Zusammenhang bestehende Bestrebungen der Bundesebene zur Schaffung eines deutschlandweiten Netzwerkes von Kompetenzzentren und interdisziplinären Ambulanzen.

5. Der Landtag bittet die Landesregierung, Bestrebungen bei der Aufklärung und Information zu Long-/Post-COVID zu unterstützen und auf ihren Informationsportalen auf bereits bestehende Anlauf- und Behandlungsstellen, Selbsthilfegruppen und Informationskampagnen wie bspw. der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zu verweisen. Damit Betroffene schnell Hilfe finden, wäre der Landtag der Ärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen-Anhalt für eine stärkere Sensibilisierung von Ärztinnen und Ärzten im Hinblick auf die genannten Erkrankungen, etwa im Rahmen von Fortbildungsmaßnahmen, dankbar.“

Abstimmungsergebnis: 7 : 0 : 6

Ulrich Siegmund
Ausschussvorsitz